

Leichtmatrosen bei der Pflegeversicherung?

Reichlich polemisch verschaffte der LSAP-Abgeordnete Lucien Lux seinem Ärger in Sachen Pflegeversicherung Luft. Statt eines engagierten Kapitäns habe die Pflegeversicherung einen "wenig interessierten Leichtmatrosen" sagte Lux in seiner Interpellation an die Adresse von DP-Gesundheitsminister Carlo Wagner. Der LSAPler kritisierte besonders, dass die "action concertée", ein Gremium, das eigentlich die Pflegeversicherung begleiten und Maßnahmen zu ihrer Verbesserung ergreifen soll, unter dem DP-Vorsitz bisher kein einziges Mal einberufen wurde.

Von den sechs eingereichten Motionen fand allerdings nur eine Zustimmung bei den Abgeordneten: Diese fordert, die langen Bewertungsspannen zu verkürzen respektive ErstantragstellerInnen vorrangig zu behandeln. Die Bewertung ist Voraussetzung, um überhaupt Leistungen der Pflegeversicherung in Anspruch nehmen zu können und entscheidet zudem über Art und Höhe der Leistungen.

Auf den wachsenden Unmut bei den Betroffenen hat der Minister mit einer Anweisung reagiert: So gilt bei den Auszahlungen nun der Termin, an dem das Gesuch eingereicht wurde. Angehörige von verstorbenen AntragstellerInnen erhalten rückwirkend ein Pauschalbetrag von 4.650 LUF ab dem Datum der Anfrage.

Busunternehmer: klein bei gegeben

Eine Stunde hat gereicht: Im Streit um die Schichtdauer im privaten Bussektor haben sich Gewerkschaften, Patronat und Regierung auf einen Kompromiss verständigt, der allerdings noch nicht unterzeichnet wurde. Bei einer Gesamtschichtdauer von nunmehr elf statt zwölf Stunden sollen nun sieben Stunden voll entlohnt werden. Das ist eine Stunde mehr, als das Patronat zunächst zugestehen wollte. Vor der Einigung am vergangenen Montag hatte der Verband der Busunternehmer (FLEAA) die Verantwortlichen der "Kidnapping-Aktion im Bahnhofsviertel" (gemeint ist der Warnstreik) massiv kritisiert. Insbesondere wehrte er sich gegen Vorwürfe, durch schlechte Arbeitsbedingungen sei die Sicherheit der Reisenden gefährdet. Die - gesetzlich geregelten - Maßnahmen wie Lenk- und Ruhezeiten seien ungeachtet der Gesamtschichtdauer für die "Lebenshygiene der Fahrer ausreichend".

Mit ihrer Forderung, das Pensionsalter für BerufsfahrerInnen auf 55 Jahre herabzusetzen, konnte sich die OGBL/ACAL-Delegation auf einem anderen Treffen mit Sozialminister Carlo Wagner nicht durchsetzen. Die Gewerkschaften begründen die Notwendigkeit einer Sonderregelung damit, dass viele KraftfahrerInnen "aufgrund katastrophaler Arbeitsbedingungen ernsthafte gesundheitliche Schäden" davontragen würden.

Fluchtgründe von Frauen anerkennen

Eine europaweite Kampagne für Frauen, die Asyl anfragen, hat die Europäische Frauenlobby gestartet. Die Unterschriftenaktion, die u.a. von der Heinrich-Böll-Stiftung in Berlin koordiniert und vom Cid-Femmes in Luxemburg unterstützt wird, erinnert anlässlich des 50. Jahrestages der UN-Flüchtlingskonvention an die spezifischen Fluchtgründe weiblicher Flüchtlinge. Sie fordert die EU auf, diese in das geplante gemeinsame Asylrecht zu integrieren. Viele frauenspezifische Fluchtgründe werden in den (zurzeit noch) national organisierten Asylverfahren kaum oder gar nicht berücksichtigt. Die Frauenlobby nennt davon vier: kulturelle und religiöse Praktiken wie die Genitalverstümmelung, Zwangsheirat oder Mitgift. Auch sexuelle Verfolgung und gewalttätige Übergriffe im Krieg oder im "ganz normalen Alltag" sowie die politische Betätigung von Familienangehörigen veranlassen viele Frauen, aus ihren Herkunftsländern zu fliehen. Leider bleiben weitere, wichtige Gründe unerwähnt: So wird Homosexualität in einigen Ländern (z.B. Iran) mit dem Tod bestraft. Hunger resp. Armut und fehlende Perspektiven, um die eigene Situation sowie die der Kinder zu verbessern, werden ebenfalls von Frauen als Grund für ihre Emigration genannt.

FRACHTFLUG

Schlafen und schlafen lassen

Nachtflüge stören die Ruhe und gefährden die Gesundheit. Ginge es nach den betroffenen BürgerInnen, so würden in der Großregion nachts die Flugzeuge schlafen.

(RK) - Europaweit organisiert sich der Widerstand gegen den Ausbau des Frachtflugverkehrs und vor allem der Nachtflüge. Auch in der Großregion stellt sich das Problem, und so trafen sich VertreterInnen von deutschen, französischen und luxemburgischen Bürgerinitiativen ein erstes Mal am vergangenen Samstag in Trier. Dabei wurden Informationen ausgetauscht und eine gemeinsame Resolution verabschiedet.

"Der Auslöser für dieses Treffen", so Ludwig Kewes von "Bürger gegen Nachtflug" aus Bitburg, "waren die Expansionspläne der Cargolux, die sich nach einem Ausweichflughafen für ihre Nachtflüge umzusehen begann." Obwohl der Interessenverein Hamm-Pulvermühle die Resolution unterstützt, war keinE VertreterIn anwesend. Deshalb erläuterte Viviane Loschetter, Vertreterin der Grünen im Gemeinderat Luxemburg, die Situation hierzulande: "Nach einem erfolgreichen Einspruch von BürgerInnen liegen die Findel-Ausbaupläne erst einmal auf Eis. Es gibt einen breiten Widerstand vor allem gegen den Frachtflug." Man müsse wissen, betonte die Grüne, dass der Großteil der Güter nicht für Luxemburg bestimmt sei und weitergefliegen werde.

BIOLANDBAU

Biokühe und Politochsen

Besteht überhaupt ein Wille in der Politik, über Sonntagsreden hinaus eine Agrarwende herbeizuführen? Das Aktionsbündnis Bio-Landbau testet den politischen Rinderstall.

(roga) - Hundert Prozent ökologischer Landbau müssten in Luxemburg ein realistisches Ziel sein. Statt der fünf Prozent, die von der Regierung für 2010 angepeilt werden, statt der zehn Prozent, die das kürzlich formierte "Aktionsbündnis Bio-Landbau" für Luxemburg fordert. Denn alle Akteure beteuern uneingeschränkt, dass ihnen nichts mehr am Herzen liegt als die Lebensmittelsicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger. Und die kann im Grunde nur durch vollständige Abkehr von der chemisch-industriell beeinflussten Agrarwirtschaft erreicht werden.

BSE: Chance oder Ablenkung?

Die BSE-Krise als Chance für einen verstärkten Druck auf die Agraristokratie begreifen: Das war die Motivation für die bei vorangegangenen Krisen eher diskret agierenden Verbände des Biolandbaus in Luxemburg, ein möglichst breites Bündnis hinter die realistische Forderung nach einem Anteil von zehn Prozent Biolandbau im Jahr 2010 zu vereinen. Zwar haben bis dato 16 Organisationen die Plattform unterstützt, doch fehlt z.B. die anfangs eingeladene "ULC". Die war aufgrund kritischer Äußerungen des grünen Abgeordneten Camille Gira unter Er-

Das sei unsinnig, für den Standort Luxemburg wie für alle anderen.

Laurent Seghy, Sekretär des "Collectif contre les vols de nuit et les nuisances aéroportuaires", beschrieb, wie die Transportfirma DSL sich auf dem Flughafen Metz-Nancy-Lorraine breitgemacht hat: "Anfangs war es ein Flugzeug, nun sind es sechs. Die Region hat ihnen fast alles bezahlt, und will nun auch für die Jumbo-Jets der Cargolux die Piste verlängern lassen." Während in Luxemburg ein grundsätzliches Nachtflugverbot herrscht, gibt es in Frankreich überhaupt keine zeitlichen Beschränkungen.

"Mit unseren Klagen sind wir teilweise gescheitert. Derzeit sind auf dem ehemaligen Nato-Flugplatz in Hahn drei Starts oder Landungen pro Nacht erlaubt", so Olaf Simon von der dortigen Bürgerinitiative. Die meisten Flugzeuge seien alt und machten besonders viel Lärm. Nach dem Nachtflugverbot in Frankfurt befürchten die Anwohner, dass eine Pistenverlängerung nicht nur die Cargolux anziehen würde. Die beiden anderen deutschen Standorte sind ebenfalls Konversionsprojekte von Militär-Flugplätzen. In Zweibrücken hoffen die Betreiber,

durch eine Nachtflugerlaubnis Frachtfirmen anzuziehen, um endlich rote Zahlen zu schreiben. Bitburg dagegen, von Luxemburger Politikern ins Gespräch gebracht, verfügt noch nicht einmal über eine gültige Genehmigung für den Flugbetrieb, geschweige denn über die notwendigen Infrastrukturen.

Einig sind sich alle Organisationen darin, dass Nachtflüge kategorisch abzulehnen sind. Weiter heißt es in der Resolution: "Die Fluggesellschaften und Flugplatzbetreiber versuchen, Flugplätze gegeneinander auszuspielen und Nachtflugbetrieb und Flughafenausbau durchzusetzen. Dagegen werden wir uns gemeinsam einsetzen..."

Unterstützt wird die Resolution neben den Bürgerinitiativen durch das "Grüne Euro-Regionalbüro SaarLorLux+", Koorganisator des Treffens. Die politische Neutralität ist allerdings ein heikler Punkt: Immerhin war aus Frankreich auch das "Groupe ment de défense du canton Verny" anwesend, das betont, anders als das grün angehauchte "Collectif" politisch neutral zu sein. Angesichts der vielen Konzessionen der deutschen Grünen ist es fraglich, ob ihr In-Erscheinung-Treten die Glaubwürdigkeit der Bewegung erhöht. Die Bildung breiter politischer Bündnisse wird es jedenfalls nicht vereinfachen, wenn dem Widerstand gegen Nachtflüge der Ruch einer parteipolitischen Bindung anhängt.

verzehrt wird, die Lebensmittelsicherheit in Luxemburg weniger als die doch letztlich geringe Wahrscheinlichkeit, dass hierzulande eine Person an der Creutzfeld-Jacobs-Krankheit aufgrund von Rindfleischverzehr erkrankt?

In Frankreich wird z.Z. die britische Hypothese überprüft, dass Tiermehl nur der Überträger von BSE gewesen ist, die eigentliche Ursache beim Einsatz von spezifischen Insektiziden zu suchen sei. Sollte sich ein evidenter Zusammenhang zwischen dem Einsatz von chemischen Produkten und gefährlichen Seuchen herausstellen, wäre eine Landwirtschaft außerhalb biologischer Methoden nicht mehr tragbar.

Doch in Erwartung der nächsten Krise erscheint die bestmögliche Strategie, parallel die Nachfrage und das Angebot bei biologischen Produkten zu erhöhen. Was sich letztendlich auf den Endpreis auswirkt, der ja größtenteils von einer kritischen Masse beim Konsum abhängt. Hier ist natürlich die Regierung am meisten gefordert: Durch konkrete Fördermaßen kann sie die umsteigewilligen Landwirte zu einer raschen Umstellung bewegen, durch symbolische Maßnahmen, wie z.B. der Ökologisierung von öffentlichen Großküchen, könnte die Akzeptanz in der Bevölkerung und der sichere Absatz von Bioprodukten erhöht werden. Doch auf beiden Ebenen ist z.Z. noch Versteckspiel angesagt.

